

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Er. 27 32. Jahrg.
Erscheint jeden Samstag. 3. Jahrg. Kosten 80 Pf., die städtische Poststelle.
Monatsspende: M. 1.— für das Vierteljahr. Bei Wiederholungen Rabatt. — Briefvermittlung: Angelegenheiten für Mitglieder 20 Pf.
Zu beziehen durch alle Postanstalten. Götting, 7. Juli 1918
(Zeitung: Nr. 174.)

Inhaltsverzeichnis.

zum Verbandstag in Würzburg. — Der Zentralverband der Schuhmacher 1916/17. — Aus der Lederindustrie. — Das Märzen von den riesigen Arbeiterlöhnen. — Ein Wort über die Erholungsurlaub des Privatangestellten. — Spiegel der Gewerkschafts- und Mittellungen. — Druckschriftberichterstattung.
Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: — Und Volkrecht in Preußen. — Hausfrauenräte. — Die Frauenerwerbstätigkeit. — Literarische.
Feuilleton: Saal 27.

zum Verbandstag in Würzburg.

In hocherristeter Zeit entfinden die Mitglieder des Zentralverbandes einen Verbandstage nach Würzburg. In den Fronten tobt das Schlachtengemüll. Aus den tausenden von Geschützen, aus Millionen von Mörsern sausen unheimlich tödbringende, scharfzüngige Geschosse hinüber und herüber. Weiter und weiter dehnen sich die Frontlinien der Aufstellungen aus. Millionen sanken schon ins Grab, blieben und drüben. Immer noch mehr Menschenleben werden zerstückt, in giftigen Gasen gebildet in die Erde geschauvelt. Immer noch mehr und bis heute der Kriegstrüffel wüten weiter.

Vorgekehrt noch sinken Städte und Dörfer unter den furchtbaren Kriegswirren in Schutt zusammen. Immer werden die von Granaten, Schiffsgranaten und Luftbomben zerstörten, zerstückelten, zerstörten, für die nun auf lange Zeit unbrauchbar gemachten Bomben.

Unter Entbehrungen und Leiden scharflicher Kriege die Völker körperlich und moralisch dem Verfall entgegen. Graufige Ernte hält der Tod auch unerbittlich in den von rasendem Kriegessturm umgürteten heimgesuchten Gebieten.
Überall ein großes Ernten des Todes, überall Hunger und Leid, überall Traurigkeit, überall ein bitteres, scharfes Gefühl der Zukunft! Und immer noch kein Ende des Vernichtens, des Mordens, des Massenmordes abzusehen!
Das ist die von den Fronten herüberkommene Botschaft, das ist der schmerzliche Hintergrund zu dem, was wir in der Heimat tun. Von dem gemeinsamen Geschicks werden auch unsere Verhandlungen in Würzburg beeinflusst sein. Hier gilt es aufzubauen, was von dem wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Vorfrage zu treffen, damit die Besessenen unter der Last der Kriegswunden nicht zusammenbrechen. Vorfrage zu treffen, damit die dahingelassenen und die aus dem Felde Zurückgekehrten in geordnete Verhältnisse hineinkommen. Vorfrage zu treffen, was wir gesamt für die notwendigen und sozialen Kämpfe, die uns bevorstehen. Durchbar hat der Krieg überlebt; alle Völker sind er arm. Trostlos: überall wird der Krieg eine neue Schicht von Volkswunden das Mittel, angestrengt die Fronten zu eröffnen. Das Kapital erstarrt, aber es wurde nicht humaner, nicht sozialer, nicht erwerbsfähiger. Im Gegenteil, trotz dem es doch auf seine Macht. Man ist nicht gewillt, den Völkern die fürchterliche Last der unheimlichen Kriegswunden zu erleichtern.
Die Arbeiterkraft soll alles tragen. Durch Steigerung der Produktivität der Arbeit, die gleichzeitige Verschärfung der Lebenshaltung, hofft man, die Entlastung der Kriegsschulden auf die Arbeiter möglichst schnell abzumachen und gleichzeitig eine Verbesserung für die zusammengekauften Kriegsgewinnler zu sichern.
Es nicht so, die Arbeiterkraft eine gebende

rische Pflicht, alle Kräfte anzuspannen, damit sie in den unausweichlichen Kämpfen nicht unterliegt. Nicht ein wehrloser Spielball des harten, unarmherzigen Kapitals wird.
Die Beschlüsse des Krieges, der Lage, der Einwirkung des Krieges, der öffentlichen Meinungsbildung, der „Lagerplätze“, und vor allem auch die Abwesenheit vieler Verbandsmitglieder, die den Feldgrauen über haben angesehen, müssen es fraglich erscheinen, ob es rasam sei, die Einberufung eines neuen Verbandstages vorzunehmen oder bis zur Wiederherstellung des Friedenszustandes zurückzuzahlen. Verschiedene Umstände machten es jedoch notwendig, solchen Plan fallen zu lassen. Zunächst waren es die stundenlangsten Belastungen, die der Krieg allen Gewerkschaften aussetzte, die eine Annäherung des Betrages- und Unterhaltungsrechens zu einer unauflöslichen Notlage machten. Hinsin kam es immer stärkeres Heranziehen der Arbeit des Kapitals, mit der Beendigung des Krieges überfall eine starke Verkleinerung der Arbeitsbedingungen einsetzen zu lassen. Die Deutschen Arbeitsbedingungen streibt fast in jeder Kammer von der Notwendigkeit des Abbaus der Arbeiterlöhne. Das Verhalten der Unternehmer, Stimmen aus ihren Blättern, lassen kaum Zweifel darüber, daß man mit großem Eifer zum Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft rückt. Es wäre eine unerschöpfliche Nachlässigkeit, ja ein Verbrechen, die Vorgänge nicht zu beachten, nicht ebenfalls entsprechend zu rücken. Man darf sich nicht überraschen lassen. Es gilt, die organisatorische, vornehmlich auch die finanzielle Bereitschaft der Organisationen zu stärken, so den bedauerlich höheren Ansprüchen anzupassen. Wenn der Sturm losbricht, muß die Arbeiterschaft zur Gegenwehr, zum Gegenangriff bereit sein.
Da heißt es, den Kampfen ebenfalls zu stärken, Mittel zu finden, den Rahmen der Organisation weiter zu spannen. Das nicht allein. An anderer Stelle ist schon auf eine Veränderung in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft hingewiesen worden. Der Anteil der jugendlichen und weiblichen Arbeitkräfte in unserem Berufe hat erheblich zugenommen. Als der Kriegseinsatz tritt in stärkerer Maße weiter noch der Kriegsbeschäftigte in unsere Reihen ein. Das sind zwei Gruppen von Arbeitsträften, die das Kapital glänzend seinen Wünschen dienlich machen zu können, weil sie seinem Berufen sich willfähriger zeigen müßten, als die erwachsenen männlichen, die dem Gebrauch ihrer Gliedmaßen nicht körperlichen Arbeitsträfte.
Das ist in der Unternehmerpresse schon wiederholt angewandt zum Ausdruck gebracht worden.
Als besondere Umstände, die das Einberufen einer Generalversammlung zurechtfinden erscheinen. Ich komme für unsere Organisation der Arbeit der Kriegesbeschäftigten. Es muß damit gerechnet werden, daß wenigstens ein Teil der Unternehmer noch Friedensschluß geneigt sein wird, die Grundlage des Tarifwesens wieder zu jettieren. Gestützt auf die erwartete starke Konkurrenz am Arbeitsmarkt hoffen sie das Tor zu unerschöpflichen, von ihrer blühenden blühenden Arbeitsbedürfnis in wieder zu öffnen. Demgegenüber muß es die Aufgabe unserer Kollegen sein, die jetzt gefestigten Verhältnisse zu verfestigen und die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein finanzstärkeres Fundament zu stellen.
Aus allen den kurz geschilderten Umstände ergibt sich die Wahrscheinlichkeit harter Kämpfe, die zwingende Notwendigkeit eines großen Kampfgenossenschaft.

Rüstung, vor allem auch die finanzielle Rückendeckung der Organisation, hat die Generalversammlung zu beschließen.
Wie schon in einem früheren Aufsatz ausgesprochen worden ist: die Tätigkeit der Organisation, die finanzielle Vorbereitung allein nicht reicht. Wir müssen uns daran machen, in den Dienst unserer Kollegen eine Opferbereitschaft zu stellen, heißen möglichsten Ausmaß vor dem Krieg stehen gelernt haben.
Nun wird eine Entscheidung über die Haltung der Generalversammlung zu fassen. — Berücksichtigt aus unseren Mitgliedschaften der Generalversammlung unterbreiteten Anträge beschließen sich mit dem erwählten Thema. Eine Sitzung wird erfolgen.
Eine Reihe von Gewerkschaften hat in den letzten Monaten Generalversammlungen abgehalten. Soweit es sich um die Regelung der rein organisatorischen Fragen, sowie denen der Betrageerhöhung und Neuordnung der Unterhaltungen handelte, standen zwischen den Besessenen und Arbeitsträften nur geringe Meinungsverschiedenheiten. Diesem einmütig wurden die notwendigen Betrageerhöhungen beschlossen. Dagegen behielten in der Frage der Kriegspolizei und was damit zusammenhängt zwischen den Besessenen und einem großen Teile der Arbeitsträften noch wie vor erhebliche Gegenstände.
Wir unterstellen es, uns an dieser Stelle zu den Richtungsfragen zu äußern. Die Generalversammlung hat einzig das Recht, zu entscheiden, ob der Zentralverband der Schuhmacher einen neuen Kurs festlegen, oder ob er weitermachen soll in Fahrwasser der alten Grundzüge, die jede Interessenskonflikte mit dem Kapital ablehnen, die lediglich eine Interessensparmielle aller Proletarier bezeugen.
Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß unsere Generalversammlung in diesen Fragen in Uebereinstimmung mit dem Vorstande entscheiden wird und wir zweifeln nicht daran, daß die Fragen organisatorischer Natur, sowie die der Betrageerhöhung fruchtbar gelöst werden.
Es begrüßen wir denn die Mitglieder, die zu vornehmlichem Interesse in Würzburg.
Heil der Arbeit zum Wohle der Berufsgenossen, zum allgemeinen Wohle!

Der Zentralverband der Schuhmacher 1917.

Der von den Mitgliedern zur Generalversammlung in Würzburg vorgelegte Geschäftsbericht des Vorstandes gibt in seinem statistischen Teile eine Darstellung der Mitgliederbewegung, der Beitrittbedingungen und der Finanzlage der Organisation. Um einen kurzen Überblick zu gewinnen, den die Verbandsglieder auch zu Werkzeiten bei Augen fallen, bringen wir nach dem Verstande die nachfolgenden Zusammenfassungen. Der Bericht umfaßt die Jahre 1916 und 1917. Die Zahl der Mitglieder betrug:

Ende 1913	44 838
1914	48 727
1915	52 403
1916	57 018
1917	57 608
Juni 1918 etwa	55 000

Über die Ursachen des Rückganges haben wir und der Bericht in der vom 1. Januar 1918 angeführten. Nachstehend ist die Zusammenfassung im laufenden Jahre. Im 1. Jahre der Mitglieder, denen zu rechnen, daß in der Heimat ein stiller Kampf herrscht. Damit hoffen wir auf die Rettung, um die Zeit im Sinne der Arbeiterbewegung die Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht nur mit in dem die Arbeiterbewegung zu fördern, sondern auch mit in dem die Arbeiterbewegung zu fördern. Über dieses Vorgehen können die Mitglieder im Bericht nach in Frage gestellt werden.

In der Berichtzeit 1916/17 sind neu aufgenommen worden 38.9 Mitglieder, 4561 in die erste, 4368 in die zweite und dritte Klasse. Dem Abgang stehen folgende Vorgänge gegenüber: Austritt und ausgeschieden 604, zum Meer eingegangen 4016, zusammen 10.624 Mitglieder. Somit ergab sich ein Mehrbetrag von 1795 und ein Rückgang auf 17.908 Mitglieder. Diese Abwärtsbewegung ist nun glücklich durch einen Wiederaufstieg abgelöst worden.

Aus Ursachen, die der Krieg erklärt, ist eine starke Verschiebung in der Zusammensetzung des Mitgliederbestandes zu verzeichnen. Darüber unterrichten die folgenden Angaben. Von dem Gesamtbestande gehörten den verschiedenen Klassen an Mitglieder

	Ende 1915		Ende 1917	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1. Klasse	665	4932	786	6365
2. "	5188	475	3896	780
3. "	7666	477	5212	632
zusammen		13519	5884	9870

Während am Schlusse der vorigen Betriebszeit die weiblichen Mitglieder 30 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmachten, war ihr Anteil bis Ende 1917 auf rund 44 Prozent gestiegen. Ende 1915 waren von den männlichen Mitgliedern nur 5 Prozent, von den weiblichen 84 Prozent, Ende 1917 von den männlichen Mitgliedern 7,7 Prozent, von den weiblichen noch 82 Prozent in der 1. Klasse. Die Veränderung zeigt, daß sehr viel jugendliche Kräfte eingestellt worden sind, die niedrig entlohnt wurden. Diese Zahlen erhalten Bedeutung, wenn die Ergebnisse dieses Jahres vorliegen und dann ein Maßstab für die vorteilhafte Wirkung der abgeschlossenen Taxiseinstellung.

Die von der Organisation geleisteten Unterstellungen haben sich naturgemäß in dem durch den Krieg begrenzten Rahmen. In der Berichtzeit waren Unterstellungen für Streiks überhaupt nicht erforderlich. In der vorigen Berichtzeit wurden für Streiks noch 78.715,25 RM. aufgewendet. Im übrigen stellen sich die Hauptunterstellungen wie folgt:

	Arbeitslosenunterstützung RM.	Krankentageunterstützung RM.	Unterstützung an Arbeiterfamilien RM.	Unterstützung an Angehörigen zusammen RM.	
1. Quartale 1916	6.668,80	20.835,25	3.100,—	30.604,05	
2. "	7.349,20	17.571,96	—	24.921,15	
3. "	8.667,58	16.285,40	—	24.952,98	
4. "	5.094,40	14.698,50	81.798,30	101.791,20	
1. Quartale 1917	8.425,40	22.331,85	3.424,—	34.181,25	
2. "	6.228,50	22.513,50	90,—	28.832,—	
3. "	6.551,75	23.406,65	50,27	30.008,67	
4. "	2.041,80	17.558,40	—	20.599,20	
Summa		51.709,40	155.067,60	83.667,57	289.344,57
1915/16		463.008,75	223.674,95	129.486,30	816.170,00

Bemerkenswert ist die Zunahme der Zahlungen für die Krankenunterstützung im Jahre 1917 im Vergleich mit dem vorausgegangenen Jahre; die Zunahme beträgt 18.568 RM. gleich 23 Prozent. Diese Erscheinung dürfte mit den wachsenden Ernährungsschwierigkeiten zusammenhängen, die den Gesundheitszustand der Bevölkerung allgemein verschlechtert haben.

Die Hauptkasse unterbreitet folgenden Abfluß:

Gesamtentnahmen	1.804.704,98 RM.
Gesamtaufgaben	431.490,48 RM.
Bestand Ende 1917 938.214,50 RM.	
Bestand Ende 1915 867.794,51 RM.	

Mit dem Vermögenszuwachs 66.419,99 RM.

Es ist zu erfreuen, daß die Hauptkasse mit einem Überschuss abschließen konnte, aber der Bestand steht in keinem Vergleich zu den gewaltigen bedauerlichen Aufgaben.

Die Hauptkassen legen die nachstehenden Abflüsse vor:

Bestand auf 1915	2.073,84 RM.
Einnahmen 1916/17	628.914,92 RM.
zusammen 630.988,76 RM.	
Ausgaben 1916/17	627.657,26 RM.
Bestand 1.331,50 RM.	

Ein Unterstellungen wurden geleistet:

für Arbeitslose	61.609,10 RM.
für Kranke	167.422,05 RM.
für Waisen	2.445,— RM.
an Reisenerstützung	1.474,42 RM.
an Unionsunterstützung	2.416,70 RM.
an Notfallunterstützung	840,— RM.
an Sterbefällen	25.475,70 RM.
an Kriegerfrauen	91.023,72 RM.
für Rechtschutz	147,82 RM.
zusammen 333.146,51 RM.	

Die Zusammenstellung ergibt, daß die Organisation tatkraftig für die Mitglieder mit Unterstützungen eingetreten ist. Sie hat dadurch ohne Zweifel manche Not gelindert, bei manchem das Sinken und das Dürftige verhindert. Trotzdem: Die Unterstellungen reichen nicht aus! Die Organisation muß mit den Einnahmen so gefällig werden, daß sie noch viel besser sich den Bedürfnissen und vor allem auch den später in wirtschaftliche Kämpfe hineingeriffenen vorzüglich annehmen kann.

Schlüssig seien noch die mit Lohn- und Steuerbewegungen erzielten Erfolge hervorzuheben.

Von den Angriffsbewegungen 1916 endeten erfolgreich 26 Fälle mit 204 Beteiligten. Erfolgreich waren 26 in 8 Fällen mit 204 Beteiligten. Erfolgreich war der Fall mit 129 Beteiligten.

In Loherbewegungen erzielten 816 Beteiligte 6168 RM. pro Woche.

Durch die Abwehrbewegungen wurden für 121 Beteiligte 1059 Stunden Arbeitszeitverlängerung die Woche abgewehrt.

Bei dem Abwehrstreik wurde für 24 Beteiligte 25 RM. Lohnabfuhrung pro Woche abgewehrt.

Der Verlust an Arbeitszeit bei dem Abwehrstreik betrug für 24 Beteiligte 44 Stunden insgesamt.

Die Gesamtaufgaben für die Streiks und Lohnbewegungen 1916 betragen 493 RM.

Die Bewegungen betrafen fast ausschließlich Steuerzulagen.

Von den Angriffsbewegungen 1917 endeten erfolgreich 34 Fälle mit 4379 Beteiligten. Teilweisen Erfolg hatte ein Fall 1199 Beteiligten. Erfolgreich waren zwei Fälle mit 46 Beteiligten.

In Loherbewegungen erzielten 5578 Beteiligte 22442 RM. pro Woche.

Durch die erfolgreiche Abwehrbewegung wurden für 33 Beteiligte 69 Lohnabfuhrung abgewehrt.

In drei Betrieben wird gesagt, daß für insgesamt 125 Nichtmitglieder Lohnzulagen von 431 RM. pro Woche erreicht wurden.

Nebenbei wurde an Arbeitszeitverlängerung bei den Angriffsbewegungen in 2 Fällen für 49 Beteiligte 67 Stunden pro Woche erreicht.

Ausgaben für die Bewegungen wurden in 2 Fällen 90,25 RM. verursacht, die von den Lokal- oder Bezirksklassen gedeckt wurden.

Aus einzelnen Orten liegen noch Mitteilungen über Loherbewegungen und Aufhebung der Steuerzulagen vor, die statistisch nicht erfaßt worden sind.

Ziel ist das Gesamtziel auch nur den Niederstuf geringeren Verbandsstätigkeit, die sich aus den Umständen erklärt, so kann man mit dem Erfolg immerhin zufrieden sein.

Alles in allem: Wir haben den Nachweis von der Nützlichkeit des gewerkschaftlichen Zusammenstehens und wir müssen für die Zukunftsaufgaben nur ganz gewaltig gerüstet werden.

In diesem Geiste möge die Generalversammlung erlösen und dann werden wir siegen!

Aus der Lederindustrie.

Die Inhaber stillgelegter Schuhfabriken berufen auf Sonnabend, den 13. Juli, vormittags 10 Uhr eine Versammlung nach Offenbach, Hotel „Fürstehof“ ein. Es soll beraten werden über die Aufstellung von Richtlinien für die Wiedereröffnung stillgelegter Schuhfabriken.

Scheitert das Arbeitskammergesetz?

Der Reichstagsausschuß zur Beratung der Arbeitskammergesetzvorlage hat bisher 6 Sitzungen abgehalten. Schon in der ersten Sitzung kam es zu einem Zusammenstoß mit der Regierung. Daß der Entwurf der Regierung völlig ungenügend ist, war in der ersten Sitzung des Ausschusses im Plenum mit aller Deutlichkeit nachgewiesen worden. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Legien, betonte sich dabei auch bitter, daß die Regierung die gemeinsamen Vorschläge der Arbeiter- und Angestelltenverbände unbeachtet gelassen habe. Eine Anzahl Kommissionsmitglieder vom Zentrum, der nationalliberalen, fortschrittlichen und sozialdemokratischen Fraktionen hatten diese Vorschläge, die einen vollständigen Gesetzesentwurf darstellten, als Antrag 1 der Kommission vorgelegt. Da für diesen Antrag mit einer Mehrheit in der Kommission gerechnet werden konnte, schlug der Vorsitzende vor, diesen als Unterlage für die Beratung zu nehmen. Staatssekretär v. Stein erklärte jedoch, die Regierung werde sich bei Annahme dieses Vorschlages an der Beratung nicht beteiligen, da es sich daran nicht mehr um eine Regierungsvorlage, sondern um einen Initiativentwurf handelte. Die Drohung hatte zur Folge, daß für die Beratung der Regierungsentwurf als Grundlage benutzt und zunächst in einer Generaldebatte die grundsätzlichen Fragen besprochen wurden. Das ist in den ersten drei Sitzungen geschehen. Die Regierungsvorlage fordert im § 1 Arbeitskammern auf sachlicher Basis. Die unabhängigen sozialistischen Abgeordneten Brandes und Süttmann hatten beantragt, den § 1 wie folgt zu fassen: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen geschäftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden errichtet: 1. ein Reichsarbeitsamt; 2. für den Bezirk jeder obersten Verwaltungsbehörde ein Arbeitsamt; 3. für den Bezirk jedes Arbeitsamtes eine Arbeitskammer.“ Es sollte damit als untere Stufe die eine Arbeitskammer geschaffen werden als Gegenstück zu den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die doch reine Unternehmerkammern sind. Auf die Arbeitskammern sollen sich mit dem Recht der Exekutive die partikulären Arbeitseinsteller und das Reichsarbeitsamt aufbauen und so ein vollständiges Tätigkeitsgebiet geben.

Abg. Brandes wies die Notwendigkeit einer derartigen unvollständigen Organisation nach, die dann auch von anderer Seite anerkannt wurde. Abg. Behrens modifizierte darauf mit Unterstützung von 19 Mitgliedern der Kommission die ersten beiden Punkte in den folgenden Antrag: „Beim Reichsarbeitsamt wird ein Reichsausschuß der Arbeitskammern errichtet. Die Landesarbeitsbehörden sind beauftragt, Landesarbeitsämter der Arbeitskammern zu errichten.“ Der größere Teil der Verhandlungen betraf die Frage, ob sachliche Arbeitskammern zu bilden sind. Die Regierung lehnte die letzteren ab. Auf Verlangen der Kommission ernannte der Kommissar des preussischen Handelsministeriums man einen Plan, wie die Bildung der sachlichen Kammern

erfolgen sollte. Er ließ damit auf den einmütigen Beschluß der ganzen Kommission. Die Abklärung sachlicher Kammern war sicher. Abg. Trimborn sprach der Regierung bei durch einen Antrag, der neben den sachlichen Kammern auch eine gemeinsame Kammer für diejenigen Arbeiter- und Arbeiter des Bezirks einer höheren Verwaltungsbehörde verlangt, für welche eine sachliche Kammer nicht errichtet wird.“ Der Staatssekretär erklärte für seine Person, diesen Vorschlag bei den verbündeten Regierungen unterstützen zu wollen. Ursprünglich soll übrigens der Regierungsentwurf diese Fassung gehabt haben. Der Reichstag der Kommissionenmitglieder genügte diese Fassung so wenig, wie ein Antrag (natl.), der zwar in der Hauptsache gemeinsame Arbeitskammern, für bestimmte Gewerbezweige aber Arbeitskammern auf sachlicher Grundlage vorsah. Genosse Süttmann begründete im allgemeinen, ganz besonders aber auch mit Bezug auf das Einigungsverfahren, die Notwendigkeit und Nützlichkeit von territorialen Kammern und widerlegte damit sowohl das Verlangen nach Berufskammern, wie die Ungültigkeit der Anträge Trimborn und Aler. In der 5. Sitzung erfolgte die Abstimmung. Der Antrag Brandes wurde in aller drei Lesungen abgelehnt. Dagegen stimmte auch die Vertreter der (alten) sozialdemokratischen Fraktion. Der Antrag Behrens wurde mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge Trimborn und Aler, ebenso der § 1 der Regierungsvorlage. Hierin wurde der § 1 Abs. 1 des sogen. Gewerkschaftsentwurfes mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen. Er lautet: „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen geschäftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden Arbeitskammern errichtet. Sie sollen in der Regel für den Bezirk eines oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden.“

In der 6. Sitzung legte Joseph der Staatssekretär dem Reichsausschuß als der Unterstaatssekretär, die wenig Kommissare der Regierung waren anwesend. In demselben Geheimrat Sekretär, gab bei Beginn der Verhandlungen eine Erklärung namens der Regierung ab, die die Zustimmung zu den in letzter Sitzung gestellten Beschlüssen § 1 Abs. 1 betreffend nicht in Aussicht gestellt werden könne. Die Kommissare würden sich an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen, um Auskünfte geben zu können. Unter solchen Umständen war eine Weiterberatung unmöglich. Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, abzugeben und dem Plenum Bericht zu erstatten.

Brandes gestellte das unerhörte Verhalten der Regierung zu einer Frage, in welcher alle Richtungen der Arbeiter und Angestellten selbst die Geben einer Meinung seien. Die Regierung wolle als Werk einer Demoralisation, ein Schamgefühl hinter den nichts wirklich Brauchbares für die Arbeit stünde. Bei einem Zurückgehen der Kommission in dieser Frage werde die Regierung bei jeder anderen Differenz mit ihrer „Unannehmbar“ kommen. Deshalb ist sie klarheit bringend erforderlich, die durch das Plenum geschaffen sei. Bei der Abstimmung wurde der Bericht an das Plenum jedoch mit allen Stimmen gegen die der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt. Es soll zunächst den Fraktionen Bericht erstattet und durch diese der Bericht einer Verabhandlung mit der Regierung gemacht werden. Bei diesem Versuch wird es der Regierung nachsichtiger nicht aufgegeben werden, verschiedene Leuten zum Nutzen zu bewegen, damit „etwas erreicht werde“, wie schon in der letzten Sitzung ein Mitglied ausbrüllte. Das ganze Verhalten auch in dieser Frage zeigt aber, was die Regierung der Klasse des Volkes zu bieten mag.

Das Märchen von den riesigen Arbeiterlöhnen.

Aus rheinisch-westfälischen Gewerkschaftskreisen wird mitgeteilt:

Ein Herrer Wahl hat sich zur Kriegszeit die Eigenschaften erworben, den „riesigen Löhnen“ der Industriebetriebe nachzugehen. Jetzt teilt der eifrige „Seefischer“, ein Vertreter der sozialdemokratischen Reichspolitik, in der „Rheinischen Korrespondenz“ mit, er habe eine kleine Familienkassen gegründet, die ein Monatslohn von 2000 Mark habe! Näher betrachtet stellt sich heraus, daß an diesem Einkommen der Vater mit drei Söhnen und eine Tochter, nämlich schwerindustriell tätig, beteiligt sind. Pro Familieneinkommen also 400 Mark Monatsentlohnungen heraus. Das klingt schon „erschütternd“, zumal wenn man bedenkt, daß der Herr Herrer für eine unergieblich wenigere als strengere Berufstätigkeit sicherlich erheblich mehr als 400 Mark Monatsentlohnungen bezieht. Die Familie nicht derart, daß man seine Angaben kontrollieren kann. Je nachdem, was die Wörter für eine Arbeit haben, ist es leicht möglich, daß sich der Herr Herrer ganz einen Monatslohn ausbedenkt, der sich infolge vorgenommener Nachabrechnung ganz erheblich höher als seine Vorkundgebungen stellt. Wir erfahren auch nicht, wieviel Söhne diese „glückliche“ Arbeiterfamilie für den Lohn gemacht hat. Sind es nur 30 pro Kopf und Monat — und diese Söhne sind nicht vielmal stark überfordert —, dann beträgt der Verdienst pro Sockel gleich 12.000 RM. Ist denn das ein gemeinsamer Lohn in einer Zeit, wo das Bund und Staat mit 15 bis 20 Mark, das Kind Speid mit 15 bis 15 Mark, ein Paar Schuhe mit 40 bis 50 Mark bezahlt werden müssen? Wenn die „glückliche“ Arbeiterfamilie vor dem Kriege nur den dritten Teil ihres jetzigen Lohnentlohnungen hatte, dann war sie damals wirtschaftlich mindestens ebenso gut gestellt wie heute mit (angebl.) 2000 RM. Monatsentlohnungen. Ein dieser kolossalen Selbstentwertung macht der Herrer natürlich die Maßgabe,

...überhaupt ein großer Erfolg, wie heute von Eigen-
...Gönnern der Industriellen die Defensivität irre-
...Was hilft es der Arbeiter, wenn nur einzelne einen
...Lohn haben? Mit den Durchschnittslohn-
...ist kein Staat zu machen. Im gesamten preu-
...Bergbau betrug im letzten Viertel 1917 der Durch-
...schnittslohn nur 8,04 Mark. Er hatte sich seit
...Beginn nur um 78 Prozent gehoben, obgleich selbst
...umliegende Stauffiller die gleichzeitige Steigerung
...billigen Lebensmittelpreise auf 150 bis 200 Prozent
...Der höchste im preussischen Bergbau gegen Ende
...jährige Durchschnittslohn kam im Ruhrgebiet vor;
...er sich für die erste Lohnklasse der Hauer auf
...17 pro Schicht. Für diesen Lohn kann er sich jetzt
...mal ein Pfund Butter „unter der Hand“ kaufen,
...Krieges hätte er für dieses Geld 7 bis 8 Pfund gute
...Korn. Daß der Arbeiter ohne Zufuß von so
...neuen Sachverhältnissen nicht erklären
...kann, auch die Wahl und Genossen. Aber sie
...in diesen Vergleich, weil er der Defensivität ge-
...heißt, daß die Arbeitererinnungen kaum ganz bezu-
...gen ist als vor dem Kriege. In sechs von den
...besten Bergwerksbezirken stand gegen Ende 1917
...der Hauerlohn noch unter 8 Mark pro Schicht. Die
...größere Menge der übrigen erwerbsfähigen Bergwer-
...arbeiter blieb überhaupt, größtenteils selbst er-
...höht 8 Mark Durchschnittslohn. Bei der von gewer-
...liche Seite veranstalteten Lohnabstimmung auf der großen
...Kohlenzeche „Bittoria“ (Harpener B.G.) stellte
...aus, daß von über 1100 Arbeitern nur zwei einen
...über 15 Mark hatten! Wenn die Wahl und Ge-
...nossen diese zwei erwählten, würden sie als die „Vor-
...kämpfer“ der Defensivität vorstehen. Laut Bericht
...des Knappschaftsverbandsverbandes hat 1917 der
...Lohn pro Verletzten (einschließlich Unter-
...2500 Mark betragen, das sind nur 51 Prozent mehr
...als 1918! Angesichts der inzwischen eingetretenen
...steigenden Lebensmittelpreise muß doch jeder einzelne Sozial-
...arbeiter, daß sich der Reallohn der Arbeiter be-
...deutend vermindert hat. Es sei aber auch ausdrücklich fest-
...zustellen, daß sich in jüngster Zeit die Meinungen über Herab-
...setzung der Löhne im Bergbau auffallend oermehren.
...sich einig glaubt man die Defensivität nur so
...bearbeitet zu haben gegen die „risigen Arbeiter-
...und soll man schon die Uebergangsgewinnste des
...einfachen. Die Folge ist natürlich eine sinkende
...leistung der Arbeiterkraft.

Ein Bärendienst.

...neuen richtigen Bärendienst hat die General-
...der Gewerkschaften, in Verbindung mit den
...Zentralverbänden, den Arbeitern erwiesen, indem
...den Arbeitern die eine Sache der Gewerkschaften
...Man würde nicht ganz genau haben. Hier bewahrt
...jedoch das Sprichwort: wer kramt „a“ sagt, muß
...liegen. Hat man sich einmal zu einem dienstbaren
...Regierung und der herrschenden Klasse gemacht,
...Solidarität der Interessen konstatiert wird, dann
...auch die Konsequenzen geschickt werden. Und
...konsequenzen führen immer tiefer in die Abhängigkeit.
...Wer um eines gemeinschaftlichen Zieles mit der
...Gesellschaft will den Bürgerkrieg abge-
...eine selbständige Arbeiterpolitik verzieht, für un-
...Durchfall eintritt, darf muß natürlich auch die
...angewandte kapitalistische Politik unterstützen, die dahin-
...Abhängigkeit der Arbeiter nicht zu verringern, son-
...möglichst zu steigern.
...hier haben die Gewerkschaften jede Art von öffent-
...bekämpfung bekämpft. Sie forderten rechtliche An-
...Kranke und Krüppel. Und mindestens ebenso ge-
...berliche Unfallversicherung haben die Kriegsgeschädigten
...nach an die Gesellschaft, sie auf Grund gesetzlicher
...ange: ausreichend zu gewährleisten. Auswärtigen
...Kriegsgeschädigten können weniger als Inland-
...erlaubt werden als Leute, die nicht voll arbeits-
...aber von einer Rente nicht leben können. Auch
...kann sich unabhängige Rentenspenden unabhän-
...gen. Das alles ist von Leuten, die auf Wohl-
...angewiesen sind, nicht zu befürchten. — Daher ja
...Wahlberei der herrschenden Klasse, vor allem der
...Arbeiter, für „Wohlfahrtsvereinigungen“,
...man ihnen eine gewisse Unterstützung aller dieser
...angeboten sind, aus der „Wohlfahrtsvereinerung“
...werden.
...aus diesem Grunde hätten die Gewerkschaften
...ganz entschieden ablehnen müssen, die Arbeiter-
...der Sache der Gewerkschaften zu machen. Ihre
...wäre es gewesen, mit aller Bestimmtheit zu er-
...helfe für ihre Unterstützung der — kapitalistischen
...Politik eine gesetzliche Regelung der Unterstützung
...gesetzliche vorzuziehen. Das wäre wenigstens wirt-
...liche Politik gewesen. Nun hilft man die Möglich-
...keit, bei der Festsetzung gesetzlicher Entschädigungs-
...entsprechende unzureichende Sätze abzugeben,
...wenn man darauf, daß sich berechnete welterschende
...die mit Hilfe der Gewerkschaften eingeleitete
...Spende in Anspruch genommen werden könne.
...sollte also haben die Gewerkschaften den
...Arbeitern selbst einen sehr schlechten Dienst erwiesen.
...wichtigsten zum Teil, auf eine „Wohlfahrtsver-
...einigung“. Wie schon angedeutet, kann sich die Ein-
...ber aber auch als ein böses Kennzeichen der Gewer-
...tätigkeiten anzuzeigen, indem sie dahin zielt,

...des Arbeitsbeschäftigten sich „Mit Rind“ zu machen bestreben,
...um der Fäulnis auf Entschädigung aus dem Lebensdors-
...Fonds teilhaftig zu werden. Man hat den Gewerkschaften
...der Förderung der Spende gewozu eine Zutritte
...gebunden.

...In der Gewerkschaftspresse kommt das Bedenklische des
...Vorgehens der gewerkschaftlichen Zentralanstalten auch zum
...Ausdruck. Über nun muß man gute Worte zum bösen Spiel
...machen. Das verlangt wieder die Disziplin, die alles fest-
...halten, alles beschließen muß. Die Sammlung selbst hat
...übrigens auch vielfach Mißhagen verursacht. Angeblich soll
...sie freiwillig sein. Wo es mit der Freiwilligkeit bestellt ist,
...das hätten sich die Leiter der Gewerkschaften vorher fragen
...können. Wer nichts gibt, macht sich natürlich unangenehm
...bemerkbar. Das will nun mancher gerade jetzt nicht, aus
...nachschönen Gründen nicht, die erst gar nicht genannt zu
...werden brauchen. In beschriebenen Stellen werden die
...Arbeiter nicht gefragt, ob sie geben wollen, man fragt nur,
...wie viel sie geben wollen. Das ist geben, gilt einfach als
...selbstverständlich. In anderen Stellen gehen die Meister
...oder Bureauanten mit der Bitte herum, keiner wird ver-
...schont. Oder man hat die Leute einzeln aufs Bureau; wer
...kann dann widersprechen?

...Nur um die Beschlüsse mit der Lebensdorsspende hat
...große Zustimmung in die gewerkschaftlichen Kreise getragen.
...Und wieder war es die Generalratsamtsfunktion, die der Arbeiter-
...schaft den Bärendienst geleistet hat.

...Und das nennt man praktische Gewerkschaftsarbeit! Wer
...ein Wort der Kritik dagegen laut werden läßt, ist ein Ver-
...stößler, ein bewußter Schädiger der Arbeiterinteressen.
...Man hat nun wirklich, dieses Spiel noch lange fortsetzen zu
...können?

Der Erholungsurlaub des Privatangestellten.

...In den letzten Jahren ist es nicht nur im kaufmännischen,
...sondern auch im gewerblichen Leben Sitte geworden, den
...Angestellten alljährlich einen kurzen Erholungsurlaub zu ge-
...währen. Eine gesetzliche Vorschrift, welche die Materie regelt,
...gibt es nicht, denn die Ertragskraft des Erholungsurlaubes
...fällt eben nicht in die Zeit des Zustandekommens uneres
...geltenden Handels- und Gewerberechts. Wie sind daher
...in Streitfällen nur auf die Ergebnisse aus Literatur und
...Rechtsprechung angewiesen, aus welchen wir zum Aus und
...Gronanten unserer Leser das Wesentliche mitteilen wollen.

...Der Urlaub wird in der Regel von den Arbeitgebern
...an solche Angestellte gewährt, die schon längere Zeit im
...Dienst- bzw. Arbeitsverhältnisse derselben stehen. Meist
...wird dazu der Sommer vereinbart. Das Urlaubsverprechen
...verpflichtet somit den Arbeitgeber für das laufende Jahr,
...für das nächste aber nicht, falls inzwischen darüber nicht
...eine weitere Vereinbarung getroffen worden. Es gibt
...aber viele Großbetriebe, welche den Erholungsurlaub
...mit in ihre Arbeitsordnung aufgenommen haben. In
...dieser wird den Arbeitnehmern bekannt gegeben, unter
...welchen Voraussetzungen sie alljährlich Urlaub beanspruchen
...können. Viele legen die Gewährung von Urlaub als ein
...„Schenkungsvorrecht“ an; sie meinen daher, daß sich
...alle Pflichten und Rechte aus diesem Vorprechen nach
...§ 516 des Bürgerlichen Gesetzbuches regeln lassen. Das
...ist aber ein Irrtum. Denn als Grundelemente der Begriffs-
...bestimmung der Schenkung sind zu beachten: a) in objektiver
...Sinn die Bereicherung des Empfängers, b) in subjektiver
...Sinn die Einigung der Parteien über die Unentgeltlich-
...keit der Zuwendung. Es muß eine Bereicherungsbahn
...vorliegen, und die Vermögensvermehrung muß so sein,
...daß aus ihr tatsächlich eine vermögensrechtliche Zuwendung
...zu ersehen ist (vergl. Staubinger Kommentar Anm. 1 zu
...§ 516). Diese Definition läßt sich auf den juristischen Cha-
...rakter des Urlaubsverprechens nicht anwenden. Zunächst
...wird der Angestellte, der unter Fortbewilligung des Ge-
...halts oder Lohns in Urlaub geht, durch diesen nicht „be-
...reichert“, denn bereichert wird er nur durch eine Zuwendung,
...die er nicht zu fordern hat; zum andern findet unter den
...Parteien nicht eine Einigung über „die Unentgeltlichkeit
...der Zuwendung statt“, denn die Fortzahlung des Gehalts
...oder Lohns ist lediglich ein Akt der Liberalität des Arbeit-
...gebers. Letzterer will dem Arbeitnehmer durchaus nicht
...schenken, sondern sich vielmehr „verpflichten“, die Vergütung
...auch während der Zeit zu bezahlen, in der er auf die
...Dienstleistung des Arbeitnehmers verzichtet. Dieser Ver-
...zicht dokumentiert gewissermaßen die Unentgeltlichkeit des Ar-
...beitgebers für treuegetretete Dienste. Die Anwendung des
...§ 516 geht daher fehl. Es kann für die Auslegung der-
...artiger Abmachungen nur die allgemeine Regel des § 157
...BGB Platz greifen, welche lautet: „Verträge sind so aus-
...ulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Ver-
...hältnisse es erfordern.“

...Auf diesen Standpunkt steht auch der Vorsitzende des
...Berliner Kaufmannsgerichts Magistratsrat Schulz (Blätter
...für Rechtspflege 1916 39) und das Kaufmannsgericht
...Berlin-Wilmersdorf (Gewerbe- und Kaufmannsgericht
...1918, 100). Beide gehen von der zutreffenden Annahme
...aus, daß der einem Angestellten bewilligte Urlaub nach der
...allgemeinen Auffassung im Verhältnisse dazu bestimmt
...ist, geistigen und körperlichen Kräfte des Angestellten, welche
...durch die tägliche und ständige dienstliche Inanspruchnahme
...während der Geschäftszeit vermindert worden sind, durch
...Geschäftsruhe wieder zu ersetzen. Daß die Wirkungen
...des Urlaubs sich in den tatsächlichen Leistungen des An-
...gestellten äußern, liegt im Wesen der Sache, beeinflusst jedoch
...den Begriff und den Zweck des Urlaubs nicht. Aus diesem
...Grunde stellt sich die Vereinbarung des Urlaubs als ein
...„Vertragsgeschäft“ dar, aus welchem sich die Fortzahlung des

...des Gehalts trotz vorübergehender Nichtleistung von Diensten
...als eine besondere zu beurteilen ist, wie die Vereinbarung
...einer Gratifikation. Die Urlaubsabrede kann somit in Er-
...mangelung einer für diesen Vertrag gesetzlich vorgeschrie-
...benen Form mündlich getroffen, aber fehlend des Prinzipals
...gemäß den Grundlinien von Treu und Glauben aus wirt-
...schaftlichen Gründen widerrufen werden.

...Was ein „wichtiger“ Grund ist, wird in den §§ 72
...und 123 Gew.-Ord. dargetan (Untrreu, Mißbrauch des
...Vertrauens, wiederholtes unentschuldigtes Fehlen, Eitel-
...keiten und erhebliche Ehrverletzung des Chefs und seiner
...Angehörigen). Dazu gehört aber keineswegs die geset-
...mäßig erfolgte Kündigung des Angestellten. Ist kein solcher
...Sachverhalt für den Urlaubsantritt vereinbart worden, so hat
...sich der Angestellte nach den Dispositionen des Chefs zu
...richten, doch dürfen diese nicht so ausfallen, daß der An-
...tritt zu einer Zeit erfolgt, in welcher von einer Sommer-
...reise keine Rede mehr sein kann, oder der Angestellte
...krank zu Bett liegt. Hat der Arbeitgeber den Urlaub ver-
...weigert, so kann der Angestellte Schadenersatz wegen Nicht-
...erfüllung verlangen (§ 325 BGB). Dieser Schadenersatz
...kann jedoch nicht auf das während einer Urlaubszeit zu
...zahlende Gehalt gerichtet sein, weil hier kein Vermögens-
...schaden“ (§ 233 BGB) vorliegt und der Arbeitgeber ja
...nur auf die Dienste des Angestellten während des Urlaubs
...verzichtet hatte. Aber der Angestellte ist berechtigt, während
...des Urlaubs für Aufwendungen von Sachen, die hernach
...nicht mehr gebraucht werden, Ersatz zu verlangen. Auch
...die Erstattung der etwa bereits gezahlten Zimmermiete
...kann gefordert werden. Endlich sind auch die Kurkosten
...erstattungsfähig, falls im nächsten Jahre eine längere Kur
...infolge der Urlaubsverweigerung notwendig wurde (Rechts-
...arbeitsblatt 1916, 269). Bei der Schadensbemessung ist,
...falls der Urlaub viel später, als vereinbart, angetreten
...wurde, auch Rücksicht zu nehmen auf die inzwischen etwas
...gestiegenen Lebensmittelpreise.

...Ist der Urlaub angetreten, so ist für gewöhnliche An-
...gestellte die Zurückberufung unzulässig, für bessere Geschäfts-
...führer, Prokuristen in dringenden Fällen statthaft, z. B.
...infolge der Erkrankung des Chefs. Hier ist nach Treu und
...Glauben und nach der Vertragsstufe zu entscheiden, ob die
...Zurückberufung gefordert werden konnte. Dr. R.

Spiegel der Gewerkschaftspresse.

...Der „Fachzeitung für Schneider“ (Nr. 28) entnehmen
...wir folgende Bemerkung zur Frage der Beitragsverbüdung:
...Der Rückgang der Zahl der männlichen Mitglieder
...durch die Einziehungen zum Wehrdienst, der ein unver-
...meidbares Sinken der Beitragsleistung zur Folge hatte,
...die Kriegsunterstützungen, die nicht unerhebliche Anfor-
...derungen an die Finanzkraft stellen, vermehrte Steuerungs-
...ausgaben in anderer Richtung belästigen gebieterisch nach
...einer Vermehrung der Einnahmen. Der größte Teil der
...deutschen Gewerkschaften ging daher geschlossen an Werk,
...eine Sanierung ihrer Finanzen zur Durchführung zu bringen,
...das heißt ihre Einnahmen mit den vermehrten Ausgaben
...wieder in Einklang zu bringen. Ein Teil hat diese Bei-
...tragsverbüdhungen auf ihren ordentlichen oder außerordent-
...lichen Verbandstagen beschlossen, der größte Teil hat jedoch
...den Weg der Urabstimmung beschritten und durch ein
...Votum der Gesamtmitgliedschaft die Erhöhung der Bei-
...träge beschließen lassen. Diese Beschlußfassung erfolgte
...nach den veröffentlichten Berichten durchweg mit großer
...Mehrheit; ein sichtbarer Beweis für das hohe Verständnis,
...das die Mitgliedschaften dem Bestreben, die Finanzkraft
...ihrer Organisationen auf eine zeitgemäße Höhe zu bringen,
...entgegenbrachten.“

...Die „Dachdecker-Zeitung“ (Nr. 12) sagt zur Wahl-
...rechtsfrage (vor der letzten Abstimmung im preussischen
...Abgeordnetenhaus):
...„Über die preussischen Reaktionäre dürfen nicht glauben,
...daß mit der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage auch der
...Wahlrechtskampf zu Ende ist. Nein, dieser Kampf wird
...jetzt erst recht und in weit verschärfterem Maße begannen;
...ist doch nunmehr in Preußen klare Bahn geschaffen
...und entretreten Volksmassen gezeigt, woran sie sind. Jetzt
...wissen sie, daß sie ohne Kampf keine Erweiterung ihrer
...Rechte zu erwarten haben. Und man täusche sich nicht,
...dieser Kampf wird so lange und mit solcher Schärfe ge-
...führt werden, bis die Reaktion besiegt und das unrecht-
...gefährliche, gleiche, freie und geheime Wahlrecht errungen ist.“
...Der Kampf darf sich jedoch nicht auf die Unzulässigkeit
...oder auf die Annahme der Resolutionen beschränken. Das
...wird nichts erreichen.

...Die „Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 28) berichtet über
...den Verbandstag des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes:
...Dort ist u. a. folgende Resolution angenommen worden:
...„Da mit den jetzigen offiziellen Instanzen der noch
...vorhandenen Trümmer der gewerkschaftlichen Internationalen
...in den kriegführenden Ländern auch nach dem Kriege ein
...gemeinsamer Interessenkampf zur Verwirklichung der wahren
...sozialistischen Ideale nicht möglich ist, weil sie die inter-
...nationalen Grundrisse verleugnet haben und an der Er-
...reichung der nationalen Kriegsziele tatkraftig mitarbeiten,
...so beauftragt der Verbandstag die kompetenten Instanzen
...der schweizerischen Arbeiterorganisationen, mit den und
...gleichgesinnten Organisationen anderer Länder in Fühlung zu
...treten, um eine neue, auf der Grundlage des Klassenkampfes
...aufgebaute Internationale zu schaffen.“

...Die „Deutsche Holzarbeiter-Zeitung“ bezeichnet die
...Rundgebung als einen Vorstoß gegen die gewerkschaftliche
...Internationalen und bemerkt weiter:
...„Die gewerkschaftliche Internationale hatte weder vor
...dem Kriege zum Zweck, noch kann sie es nachher wollen,

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Vollrecht in Preußen.

Diese Nummer in die Hände unserer Leserinnen... die schärfste Aufgabe des preussischen Abgeordnetenhauses selbstverständlich...

Die Regierung hat wahrlich genügend dafür gesorgt, daß die Stimme der politischen Volksmacht nicht in den Himmel der Besessenen wachsen konnte...

Doch bleiben wir bei der völlig entworfenen Regierungsvorlage. Nach am Vorabend der zweiten Lesung hatte Graf Hertling als preussischer Ministerpräsident vor...

Sicherungen gegen die Radikalisierung des Abgeordnetenhauses, des politischen Lebens in Preußen ist eine Redeblume für ein lächerliches Ding...

Die Sicherungsanträge sind gefallen, von der Rechten und Linken verurteilt. Auch der eingeleitetste Fanatiker „positiver Arbeit“ auf der Linken mußte sich sagen...

Die Gegner solchen Rechts haben im Land und im Abgeordnetenhause alle verfügbaren Mittel gebraucht...

Die Regierung hat wahrlich genügend dafür gesorgt, daß die Stimme der politischen Volksmacht nicht in den Himmel der Besessenen wachsen konnte...

Doch bleiben wir bei der völlig entworfenen Regierungsvorlage. Nach am Vorabend der zweiten Lesung hatte Graf Hertling als preussischer Ministerpräsident vor...

Sicherungen gegen die Radikalisierung des Abgeordnetenhauses, des politischen Lebens in Preußen ist eine Redeblume für ein lächerliches Ding...

Die Sicherungsanträge sind gefallen, von der Rechten und Linken verurteilt. Auch der eingeleitetste Fanatiker „positiver Arbeit“ auf der Linken mußte sich sagen...

Die Sicherungsanträge sind gefallen, von der Rechten und Linken verurteilt. Auch der eingeleitetste Fanatiker „positiver Arbeit“ auf der Linken mußte sich sagen...

Dadurch überrascht oder gar enttäuscht sein, können nur die sogenannten „Realpolitiker“...

Die Massen haben zur Frage der preussischen Wahlrechtsreform geschwiegen. Weil sie schweigen müssen, so lassen wir es in der durch Mut und Geist ungeschickten Welt am Montag...

Hausfrauennote.

Was für Schmerzen die Frauen der Capital- und Kommerzienräte usw. über ihre Diensthöfen haben...

In unserm an sogenannten Pensionen reichen Cabaret ist es jetzt schwerer denn je, Mädchen, Hausfrauen, Stubenfrauen zu erhalten...

Wenn gibt es unter der großen Schere von Frauen immer welche, die gern lernen und wissen möchten. Man muß sie aber erst finden...

Wenn man überhaupt so glücklich ist, einen Kauf zu machen...
- auch ist, der Verkauf nicht mit Zinsen in jedem Haushalt...

Haus geben möchten zur Erhaltung des Haushalts, und
- sie zahlen gern die Steuern. Das kann sich eine Arbeiterin...

aus dem in der Hauswirtschaft unter dem
- Kriege entbehrlich gewordenen Personal, haben...

Zunahme der Frauenarbeit.

Das Jahr 1917 hat eine weitere Verschärfung der
- abnehmenden Beschäftigung der Arbeiter und Arbeiterinnen...

Die industrielle Frauennarbeit hat in der
- ungeahnt große Bedeutung gewonnen und es werden...

Ein Schmerzstich sind die Bedürfnisse, die für gewöhnlich
- übersehen werden und die doch so notwendig sind...

Es ist aber haben wir und schon seit zwei Jahren ab
- genommen. Ich würde nicht sagen, daß die Bedürfnisse...

Darum möchte man allen Müttern dringend raten
- wenn die Arbeit durch bloßen sozialen Verdienst...

Nach den Berufsgruppen verteilen sich die Arbeiterinnen
- im Dezember 1917 mit 570.000 auf die Landwirtschaft...

Literarisches.
- Gedächtnisrede. Eine methodische Anleitung zum...

Sur Beachtung!
- Wer an das 'Schulm-Fachblatt' etwas zu schreiben...

Bant 27.

Das Schickemachermeister Arnold Franke.
- Kommt mit diesem Geschicksbereit will ich auch...

gebürt. Zur Verarbeitung der Seiten und Außenflächen
- können sie noch in vielerlei färbere Hände und jede...

an. Das Haar ist recht modisch angeputzt und die
- Nässe trägt sie nicht. Sie ist wahrheitsgemäß mit...

Das Unternehmen jetzt jeder im Vorzuge seine Fabriks
- nummer, ein vorzügliches Beispiel. Aber die nicht...

Das farrt und wartet -
- Und rufft und preßt -
- Und tont und dröhnt -

Du sollst über die Welt die Sterne schauen
- und die Arbeit an. Wenn du dich...

Nach dem der Betrieb. Arbeit - - - pfeift
- ein Gesangschor von den Baum hängen. Ein häßlicher...

zu einem stolzen, mächtigen Afford der Arbeit und
- Kraft, die ihr Tag und Nacht am Werke ist...

Nach dieser Pause laut bei manchem die Erde
- sanft an. Die Straße lassen nach; das Werk ist bald...

Vertical text on the right edge of the page, including '13. JUL', 'Nr. 28', and other fragments.